

<http://www.rheinischer-merkur.de/index.php?id=32642>

Drucken

» Fenster schließen

Datum: 19.02.2009

## BANKEN

### Ende des Größenwahns

Mit allen Mitteln wollen Regierungen Geldhäuser am Leben halten. Dabei ist sogar die Pleite des Staates zu befürchten. Grund genug, in Zukunft für kleinere Institute zu sorgen.

■ VON STEFAN DEGES

Das Fass ohne Boden hat hierzulande einen Namen: Hypo Real Estate. Vor der Krise noch weiten Bevölkerungsgruppen unbekannt, bürgt der Steuerzahler mittlerweile mit 87 Milliarden Euro für den Staatsfinanzierer, der mit seiner eigenen Finanzierung überfordert ist. Bei einer Bilanzsumme von zuletzt knapp 400 Milliarden Euro ist nicht ausgeschlossen, dass der Rettungseinsatz noch viel teurer wird. Doch Deutschland ist ein reiches Land, Deutschland kann sich das leisten.

Bis zum Herbst dachten auch die Isländer so optimistisch über ihr eigenes Land. Dann zog die malade Kaupthing-Bank das gesamte Eiland in den Sog der Überschuldung. Dabei ist die Kaupthing-Bank im internationalen Maßstab eine Minibank, deren Bilanzsumme im vergangenen Jahr nicht an die Kreissparkasse Köln heranreichte. Aber Island ist halt ein Ministaat. Um die Flammen auf dem heimischen Finanzmarkt zu bekämpfen, reicht das Löschwasser der Steuerzahler nicht aus. „Es ist schon bedrohlich, wenn die Risiken einzelner Banken die Steuereinnahmen eines Landes überschreiten“, sagt Jörg Rocholl, Finanzierungsexperte an der European School of Management und Technology (ESMT) in Berlin. „Letztlich kann dadurch die Handlungsfähigkeit eines Staates infrage gestellt werden.“

### Ist die Schweiz pleite?

Offenbar hängt es von der wirtschaftlichen Potenz eines Staates ab, in welchem Umfang er seine Banken retten kann. Den USA etwa fordert die Rettung einzelner Institute weniger Einsatz ab – gemessen in Prozent des Bruttoinlandsproduktes – als kleineren Ländern. Wenn Banken aber allein wegen ihrer Größe nicht mehr zu retten sind, muss das im Umkehrschluss bedeuten, dass sich die Größe der Banken oder zumindest die bankinternen Sicherungsvorschriften an der Stärke der Volkswirtschaft bemessen. Immer mehr Ökonomen und Banker weisen auf diesen Zusammenhang hin. „Generell muss vermieden werden, dass diese großen, super-komplexen Institute für eine Volkswirtschaft zur Gefahr werden“, fordert Prinz Max von und zu Liechtenstein, der Chef der LGT-Bank.

In der vermeintlich reichen Schweiz weiß man, worauf der Prinz aus dem Nachbarland anspielt: Allein die Zürcher Großbank UBS meldete jüngst einen Verlust von fast 20 Milliarden Franken. Zudem transferierte sie toxische Papiere im Wert von fast 40 Milliarden Franken an den Staat – insgesamt fast ein Viertel aller eidgenössischen Steuereinnahmen.

Obendrein profitiert die UBS von umfangreichen staatlichen Bürgschaften, weshalb der Bundesrat bereits im Herbst warnte: „Aufgrund von internationalen Studien muss davon ausgegangen werden, dass der Ausfall einer Bank von der Größe der UBS AG kurzfristig Kosten für die Volkswirtschaft in der Höhe von 15 bis 30 Prozent des Bruttoinlandsproduktes verursachen könnte.“ Den langfristigen Wachstumsverlust taxierte

die Regierung sogar auf 60 bis 300 Prozent der eidgenössischen Wirtschaftskraft. Volker Wieland, Wirtschaftsprofessor an der Frankfurter Goethe-Universität, mahnt daher zur Vorsicht: „Bei kleinen Ländern wie der Schweiz wird zu Recht angezweifelt, ob sie die Garantien für ihr Bankensystem auch liefern können, wenn sie wirklich gefragt wären.“

Bislang zumindest gehörte zu den gesicherten Erkenntnissen dieser Krise, dass für Großbanken der Slogan gilt: „too big to fail“. Sie sind zu groß, um sie eingehen zu lassen. Angesichts der begrenzten staatlichen Mittel sprechen Banker in Frankfurt aber neuerdings auch von „too big to save“, also von einer Größenordnung, der selbst mit Staatsmitteln nicht mehr beizukommen ist.

Als die Krise Mitte 2007 ausbrach, gab es in Deutschland 18 Banken mit einer Bilanzsumme von jeweils mehr als 100 Milliarden Euro. Die Katastrophenbank IKB fiel noch nicht einmal darunter, sie landete erst auf Platz 29 und war dennoch „too big to fail“. Die davor rangierenden 28 Banken vereinigen ein Bilanzvolumen von insgesamt acht Billionen Euro. Zum Vergleich: Das gesamte Steueraufkommen aller Gebietskörperschaften in Deutschland erreichte im vergangenen Jahr etwa 600 Milliarden Euro. Allein die Aktiva der drei größten deutschen Banken übersteigen zusammen das deutsche Bruttoinlandsprodukt um ein Drittel.

Nach Berechnungen des Berkeley-Ökonomen Bernard Lietaer kommt das spanische Bruttoinlandsprodukt nicht einmal auf die Hälfte der Summe, die in den Bilanzen der drei größten iberischen Banken schlummert. Die beiden niederländischen Marktführer weisen sogar dreimal mehr Aktiva aus als der Gesamtstaat im Jahr. Über das Kraftverhältnis von Banken und Staat scherzte einst Charles Prince, der die Citigroup vorübergehend zur größten Bank der Erde fusioniert hatte: „Es wäre schwierig, Citigroup umzukrempeln. Wir müssten schon mit Kanada fusionieren.“ Gut für Kanada, dass es nicht so kam. Großbanken bringen immer mehr Länder in Bedrängnis. Erst galt Island als zu klein für aufwendige Rettungsaktionen, dann auch Irland, mittlerweile sogar Großbritannien.

Dennoch traut sich an die Größe der Institute kaum ein Verantwortlicher heran. Im Gegenteil, oft betrachten Politiker Fusionen und Übernahmen im Finanzsektor als Maßnahme, um der Krise zu trotzen (siehe Kasten). Ganz außer Acht gerät dabei, ob sich ein Land allzu gewaltige Finanzkonglomerate überhaupt leisten könnte.

## Vorbild Fremdkapital

Anders als bei der Bankenabsicherung mit Eigenkapital wird die wirtschaftliche Potenz des Heimatlandes bereits berücksichtigt, wenn sich eine Bank mit Fremdkapital eindeckt, also Kredite aufnimmt oder Anleihen ausgibt. „Staatsgröße spielt dann natürlich eine Rolle“, sagt Kay Bommer, Geschäftsführer des Deutschen Investor-Relations-Kreises in Hamburg. „Die Ratingagentur Moodys zum Beispiel hat ihre Regeln dahingehend angepasst, dass Banken, für die ein sicherer Staat bürgt, ein besseres Rating erhalten.“ Beim Eigenkapital, also dem bankeigenen Löschwasser, fehlt eine solche Verknüpfung bislang.

Im Alleingang ist sie auch kaum herstellbar. „Das kann nur im internationalen Zusammenhang angegangen werden“, sagt Wissenschaftler Jörg Rocholl von der Berliner ESMT. „Es wäre generell unsinnig, größenabhängige Kernkapitalquoten im nationalen Alleingang durchsetzen zu wollen. Das würde notwendigerweise zu Wettbewerbsverzerrungen und möglicherweise zur Verlagerung von Geschäftsaktivitäten in andere Länder führen.“

Die G-20-Länder suchen zwar nach besseren Absicherungsregeln für Banken, haben dabei aber bislang nur im Fokus, dass die Institute in wirtschaftlich guten Zeiten einen größeren Eigenkapitalpuffer anlegen müssen, damit sie Spielraum für schwierige Phasen gewinnen. Doch woran erkennt man gute Zeiten? Lässt sich diese Frage überhaupt für alle Länder gleichermaßen beantworten? Und vor allem: Wie groß sollte dieser Puffer sein?

Nach dem internationalen Reglement, das für alle Banken gilt, müssen die Geldhäuser ihre Risikogeschäfte derzeit zu vier Prozent mit Eigenkapital absichern. Im Gespräch ist nun eine Erhöhung dieser Quote auf sieben, acht oder vielleicht zehn Prozent. Das würde kaum ausreichen, wenn der Zusammenbruch einer einzigen Bank die Steuereinnahmen des

Heimatlandes aufzehrt. Politisch dürfte es hier keine Lösung geben, zumal kleinere Staaten automatisch kleinere Banken in Kauf nehmen müssten.

Als letzte Hoffnung bleibt, dass die Finanzszene von sich aus die Initiative ergreift. Das ist sogar möglich: Um Vertrauen wiederzugewinnen, bemühen sich viele Banken um deutlich höhere Kernkapitalquoten, als vom Gesetzgeber vorgeschrieben. Die Deutsche Bank etwa weist in ihrer 2008er- Bilanz eine Quote von gut zehn Prozent aus. „Der Bankensektor wird insgesamt kleiner sein. Die Zahl der Institute wird sich verringern, ebenso die Zahl der Mitarbeiter“, prognostiziert Martin Hüfner, Ex-Chefvolkswirt der HypoVereinsbank und nun Finanzberater in München. Die meisten Banken befinden in einem Schrumpfungsprozess. Einerseits ziehen Kunden ihr Geld ab. In der Schweiz etwa hat die UBS innerhalb eines Jahres 226 Milliarden Franken an verwaltetem Vermögen eingebüßt. Die liechtensteinischen Banken zeitigen einen ähnlichen Trend. Andererseits trennen sich die Banken von Aufgabenfeldern wie dem Investmentbanking. Das alles muss die Privatkunden nicht verschrecken. „Wer mehr Einlagen braucht, wird vielleicht auch wieder mehr Filialen haben wollen, um näher am Kunden zu sein“, meint Hüfner.

### Hilfe aus Berlin

Am politischen Willen, Großbanken zu schmieden, mangelt es auch aktuell nicht:

- Die Commerzbank kann die Übernahme der Dresdner Bank nur stemmen, weil der Staat nachhilft.
- Generell beschleunigen die Rettungspakete den Konzentrationsprozess. Schon früh in der Krise übernahm die Bank of America die angeschlagene Investmentbank Merrill Lynch.
- Landesbanken werden nicht einfach liquidiert, nachdem man ihre Risiken verstaatlicht hat. Im Gegenteil, sie werden zu noch größeren Gebilden fusioniert, wie der Versuch zeigt, die Landesbanken aus Hessen und Nordrhein-Westfalen, Helaba und WestLB, zusammenzulegen.
- Schon Gerhard Schröder forderte den Zusammenschluss zur Größe, etwa indem er die Postbank an die Deutsche Bank vermitteln wollte. Nun kauft die Deutsche Bank die Postbank von der Post, an der nach wie vor der Staat beteiligt ist.

© Rheinischer Merkur Nr. 8, 19.02.2009



**Artikel kommentieren**



**PDF-Ansicht**